

---

Hans Hauptstock und Heiner Stahl

# Rundfunksäulen und (Volks-) Gemeinschaftsempfang

Zur Beschallung der Öffentlichkeit in rheinischen Kommunen während der NS-Diktatur

1. Beschallung als Vergemeinschaftung:  
Eine akustische Ordnung im Nationalsozialismus

„Gemeinschaftsempfang“ behauptet die kollektive Zusammenführung von Hörerinnen und Hörern. Bei bestimmten Anlässen nehmen die Konsumentinnen und Konsumenten – nebeneinander stehend oder sitzend – an medialen Inszenierungen von Sprache, Stimme und Dramaturgie teil. Die Lauschenden sind somit – beispielsweise bei der Übertragung von Rundfunkreden – in spezifische Situationen des Hörens eingebunden. Es sind Gelegenheiten der Mediennutzung, die wiederum auf Herrschaftsverhältnisse der Mitteilung, des Empfangs und der Aneignung verweisen. Sie werden an Arbeitsstätten, in privaten Wohnräumen oder an Orten des öffentlichen Versammelns hergestellt, durch soziale Interaktion und Kommunikation erzeugt. Vier medientechnologische Anordnungen leisteten in den 1930er Jahren ihren Beitrag zur klanglichen „Vermachtung“ des öffentlichen Raums durch das nationalsozialistische Regime: standardisierter Rundfunkapparat, Großlautsprecheranlage, Gemeinderundfunk und Rundfunksäule.

Der Lautsprecher, betonte Heinz Pohle 1955, wurde bei der Wiedergabe „gleichsam zum Redner selbst“. Pohle, zu diesem Zeitpunkt Redakteur beim Wochenmagazin *Der Spiegel*, verortete die Klangmembran eines Rundfunkapparats zunächst ausschließlich in den Konstellationen des Privaten, in Wohnstuben und Küchen oder in den Pausenräumen von Betrieben: „Das Rundfunkhö-

ren wandelt sich zum persönlichen Dabeisein. Die Passivität des Hörers wird zur Aktivität des Beteiligten.“<sup>1</sup> Das konnte etwa ein Telefunken Pilz-Lautsprecher<sup>2</sup> sein oder ein Modell der Leipziger Rundfunktechnikfirma Körting.<sup>3</sup>

Nach Pohle war der gemeinschaftliche Empfang von „bestimmten staats- oder parteipolitisch wichtigen Sendungen [...] für den nationalsozialistischen Rundfunk und sein propagandistisches Wirkungsstreben von Anfang an die zweckdienlichste Form wirkungsvollen Rundfunkempfangs“, denn dadurch war es möglich gewesen, diejenigen Teile der Bevölkerung, die kein Rundfunkgerät besaßen, „zumindest für eine konzentriert politische Sendung zu Rundfunkhörern und damit zu Objekten einer unmittelbaren potenziellen Beeinflussung zu machen“<sup>4</sup> – beispielsweise während der Arbeitszeit in Betrieben und Werkstätten. Pohle spricht diesbezüglich von „Hörgemeinden“. Das kollektive Anhören von Sendungen und die Diskussion der Inhalte etablierten sich bereits im Verlauf der Weimarer Republik als eine Praxis temporärer Vergemeinschaftung. Diese Form der gemeinschaftlichen Mediennutzung überschritt die Grenze zwischen bürgerlicher Privatsphäre und einer organisierten bzw. zufälligen Gruppenöffentlichkeit.<sup>5</sup> Eine Rundfunksäule auf einem zentralen Platz in einer Gemeinde aufzustellen, stabilisierte diese Überschneidung. Dadurch wurden Eingriffe in den akustischen (Hör-)Raum des nationalsozialistischen Alltags medientechnologisch auf Dauer gefestigt. Uta C. Schmidt bemerkte dazu, dass sich im „Volksempfänger“ VE 301, also in dem von den Nationalsozialisten „industriell gefertigten Massenprodukt ‚Radio‘ [...] verschiedene Optimierung-, Standardisierungs- und Normierungsprozesse“<sup>6</sup> kreuzten. Das Abspielgerät wurde ein Teil der Wohnungseinrichtung. Schmidt betonte, dass der „Volksempfänger“ einen „Wirklichkeitsgenerator“ darstellte. Mit ihm fügte sich die Ansprache und Unterhaltung eines wachsenden Massenpublikums in den häuslichen Medienkonsum ein. Dieser Heimmodus des Radiohörens füllte sich

1 Heinz Pohle, *Der Rundfunk als Instrument der Politik. Zur Geschichte des deutschen Rundfunks*, Hamburg 1955, S. 271.

2 Zum Pilz-Lautsprecher der Firma Telefunken siehe <<http://www.medienstimmen.de/public-address-strategien-von-1919-bis-1949/elektroakustisches-engagement-fuer-die-nationalsozialisten/#pilzlautsprecher>> (31.7.2017).

3 Ebd.

4 Pohle, *Rundfunk*, S. 268.

5 Vgl. Inge Marszolek, „Aus dem Volke für das Volk.“ Die Inszenierung der „Volksgemeinschaft“ um und durch das Radio, in: dies./Adelheid von Saldern (Hg.), *Radiozeiten. Herrschaft, Alltag, Gesellschaft (1924–1960)*, Potsdam 1999, S. 121–135.

6 Uta C. Schmidt, *Der Volksempfänger. Tabernakel moderner Massenkultur*, in: Marszolek/von Saldern, *Radiozeiten (wie Anm.5)*, S. 136–159, hier S. 139.

insbesondere nach 1933 mit der Vielschichtigkeit nationalsozialistischer Unterhaltungs- und Propagandaangebote auf. Der „Volksempfänger“, so Schmidt, materialisierte die Botschaft der nationalsozialistischen Mobilisierung. Er hielt auf diese Weise „Teil, Form und Inhalt des Nationalsozialismus im Alltag der Menschen doppelt präsent“.<sup>7</sup> Aus kommunikativer Sicht steht dieser „Empfangs“-Apparat daher „als Metapher für das hörende Volk“.<sup>8</sup> „Das Hören-Können“ von Sendungen „wird in der konzeptionellen Dominanz des Lautsprecher-Lochs am Volksempfänger zum ausweglosen Hören-Sollen“. Die Zuhörerschaft vor dem Gerät wird zu einer zum „Volk“ veredelten Masse“.<sup>9</sup> Sie enthält Schichtungen, die gleich geologischer Ablagerungen erschlossen und abgebaut werden können. Die Lauschenden werden dabei zu einem Rohstoff.

Neben dem standardisierten Rundfunkgerät, der Lautsprecheranlage sowie dem Gemeinderundfunk gab es eine weitere medientechnologische Apparatur: die Rundfunksäule. Sie ist inzwischen vollständig in Vergessenheit geraten. Sie ist ein hybrides Medium, das Stimmen, Verlautbarungen und Musik im öffentlichen Raum zu Gehör brachte und gleichzeitig einer unsichtbaren technischen Infrastruktur der Informationsübertragung visuellen Ausdruck verlieh. Aus einem zentralen Studio steuerbar, ließen sich in diesem Gegenstand sowohl das öffentliche Sprechen als auch das kollektive An- und Zuhören verschalten. Die Hörreichweite der Lautsprecher ordnete die Umgebung kreisförmig um die einzelnen Säulen an. Die Zuhörenden wurden auf diese Weise zu einem Bestandteil des Beschallungsraumes. Rundfunksäulen kombinierten die Funktionen von Litfaßsäulen mit denen von Lautsprechern und trugen somit zur Audiovisualisierung des öffentlichen Raumes bei.<sup>10</sup> Bildschirme waren zwar um 1935 noch nicht in die Säulen eingebaut, jedoch verwies der Apparat – wie auf Abbildung 1 zu sehen – nachdrücklich auf die mediale „Durchflutung“ von Plätzen und die Allgegenwärtigkeit von durch technische Medien vermittelten Informationen.<sup>11</sup>

7 Ebd., S. 159.

8 Ebd., S. 153.

9 Ebd., S. 153.

10 In der Aktenüberlieferung des Deutschen Städte- und Gemeindetages im Landesarchiv NRW, Abt. Rheinland, Duisburg, (LAV NRW R) befindet sich der hier vorgestellte Schriftverkehr zur Rundfunksäulengesellschaft Köln.

11 Vgl. Friedrich Krotz, *Mediatisierung. Fallstudien zum Wandel von Kommunikation*, Wiesbaden 2007; Maren Hartmann/Andreas Hepp, *Mediatisierung als Metaprozess. Der analytische Zugang von Friedrich Krotz zur Mediatisierung der Alltagswelt*, in: dies. (Hg.), *Die Mediatisierung der Alltagswelt*, Wiesbaden 2010, S. 9–20. Eine historische Schichtung besitzt der Begriff „Mediatisierung“ in der kommunikations- und medienwissenschaftlichen Forschung bislang noch nicht.



Abb. 1: Rundfunksäule Koblenzer Straße in Bad Godesberg<sup>12</sup>

Die Rundfunksäule stand auf Bürgersteigen oder auf Plätzen, war in den öffentlichen Raum regelrecht einbetoniert. Sie war in der Lage, einen Umkreis von bis zu zwanzig Metern mit einem passablen Klang zu bespielen. Die Laufwege der Passanten wurden dadurch zu Wegen des Hörens. Als Anschlagfläche für Veranstaltungen oder Produktreklame dienten Rundfunksäulen dem Blickfang. Die Säule zog die Aufmerksamkeit von Spazierengehenden auf sich, übermittelte beiläufig Nachrichten, Ankündigungen und Aktivierungen und auf diese Weise „Gehörfang“.

Öffentliches Zuhören bei Rundfunkreden und Lautsprecherübertragungen war in den 1930er Jahren mit sozialen, ästhetischen und medienkulturellen Transitionen verbunden.<sup>13</sup> Mit Sportveranstaltungen, Massenkundgebungen

12 LAV NRW R, RWB 0476-001, Bad Godesberg, Koblenzer Straße.

13 Vgl. Carolyn Birdsall, *Nazi Soundscapes. Sound, technology and urban space in Germany, 1933-1945*, Amsterdam 2012.

und Rundfunkübertragungen<sup>14</sup> rücken Mechanismen akustischer Politik in den Mittelpunkt. Die Produktion von Ereignissen zur medialen Inszenierung,<sup>15</sup> und in Folge der ritualisierten Wiederholungen, zur Imaginierung von Gefolgschaft kennzeichnete das Mediensetting der 1930er Jahre. Medienhistorische Forschungen zum Rundfunk in den 1920er und 1930er Jahren haben inzwischen den verschiedenen Dimensionen des Hörfunks in der NS-Diktatur in vielfältiger Weise nachgespürt,<sup>16</sup> die Beziehungen zwischen Reichspost und Rundfunkgesellschaften in Bezug auf Rundfunkreklame erörtert,<sup>17</sup> im weitesten Sinne auch unternehmerische Öffentlichkeitsarbeit untersucht.<sup>18</sup> Entscheidend dafür sind die mit dem Dispositiv des Lautsprechers verbundenen Möglichkeiten der Emotionalisierung und Einstimmungen von Menschenansammlungen.<sup>19</sup> Die Säulen erweiterten die Übertragungsmöglichkeiten von Hörfunksendungen, von Ansprachen, Parteitagsreden, von Wunschkonzerten und Unterhaltungsmusikprogrammen und vervielfältigten die Situationen der Mediennutzung.<sup>20</sup> Gleichzeitig

14 Vgl. Inge Marszolek, *Ganz Deutschland hört den Führer. Die Beschallung der „Volksgenossen“*, in: Gerhard Paul/Ralph Schock (Hg.), *Sound des Jahrhunderts. Geräusche, Töne, Stimmen – 1889 bis heute*, Bonn 2013, S. 186–191. Siehe auch Noyan Dinçkal, *Sportlandschaften. Sport, Raum und (Massen-)Kultur in Deutschland 1880–1930*, Göttingen 2013.

15 Vgl. Kurt Imhof/Mark Eisenegger, *Inszenierte Politik. Resonanz von „Events“ in den Medien*, in: Peter Szyszka (Hg.), *Öffentlichkeit. Diskurs zu einem Schlüsselbegriff der Organisationskommunikation*, Opladen 1999, S. 195–218, <[https://www.foeg.uzh.ch/dam/jcr:00000000-13a2-35bc-0000-00004e688851/Inszenierte\\_Politik.pdf](https://www.foeg.uzh.ch/dam/jcr:00000000-13a2-35bc-0000-00004e688851/Inszenierte_Politik.pdf)> (31.7.2017).

16 Vgl. Winfried Bernhard Lerg, *Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik*, München 1980; Ansgar Diller, *Rundfunkpolitik im Dritten Reich*, München 1980; Adelheid von Saldern/Inge Marszolek, *Zur politischen und kulturellen Polyvalenz des Radios. Ergebnisse und Ausblicke*, in: dies. (Hg.), *Zuhören und Gehörtwerden I. Radio im Nationalsozialismus. Zwischen Lenkung und Ablenkung*, Tübingen 1998, S. 361–384; Konrad Dussel, *Deutsche Rundfunkgeschichte*, Konstanz 2010.

17 Vgl. Karl Christian Führer, *„Rundfunkreklame“*, in: ders., *Wirtschaftsgeschichte des Rundfunks*, Potsdam 1998, S. 119–135; Carsten Lenk, *Die Erscheinung des Rundfunks. Einführung und Nutzung eines neuen Mediums 1923–1932*, Opladen 1997, S. 44–46.

18 Vgl. Marius Lang, *Unternehmerische Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland. 1929–1936*, Frankfurt a.M. 2010, S. 1–40.

19 Vgl. Cornelia Epping-Jäger, *Lautsprecher Hitler. Über eine Form der Massenkommunikation im Nationalsozialismus*, in: Paul/Schock, *Sound des Jahrhunderts* (wie Anm. 15), S. 180–185.

20 Vgl. Monika Pater, *Wunschkonzerte: Die Konstruktion der Familie. „Volksgemeinschaft“ im imaginären, virtuellen Raum*, in: Marszolek/von Saldern, *Zuhören und Gehörtwerden I* (wie Anm. 17), S. 224–241.

lockerten sie die Fixierung auf im privaten Raum aufgestellte Empfangsgeräte.<sup>21</sup> Das potenzielle Angesprochen-Werden durch den NSDAP-Bürgermeister ergänzte die über den Rundfunk zu empfangenden Reden von nationalsozialistischen Politikern. Dadurch verschob sich die akustische Raumordnung des öffentlichen Sprechens in Städten und Gemeinden. Das Büro des Bürgermeisters wurde so zu einem lokalen Rundfunkstudio. Dieser Redner musste allerdings erst lernen, die darin eingebaute technische Ausstattung auch „richtig“ zu bedienen, seine Stimme und Sprechweise an die Medienapparatur anzupassen. Nur dann gelang es einem „Gemeindeführer“, im öffentlichen Raum „gut“ zu klingen. Rundfunksäulen wirkten an den Grenzziehungen eines akustischen Kontrollraumes des öffentlichen Sprechens mit.

Dieser Beitrag führt am Beispiel der damaligen, in Köln ansässigen Rundfunksäulengesellschaft aus, wie den Bürgermeistern rheinischer Kommunen die Durchdringung des öffentlichen Raums mit ortsfesten Beschallungsanlagen zunächst durch Vertreter der NSDAP-Gauleitung Köln/Aachen nahegebracht wurde. Anschließend werden dann konkrete Umsetzungsbeispiele betrachtet. Das Fazit weist auf die Verbindung von „Volksgemeinschaft“ und „Gemeinschaftsempfang“ in öffentlichen Räumen hin und ordnet Städten und Gemeinden sowie deren Kommunalverbänden eine tragende Rolle bei der Durchsetzung des nationalsozialistischen Regimes zu.

## 2. Wie die Rundfunksäulen in die Kommunen des Rheinlands kamen: Praktiken der Markteinführung eines Apparats der akustischen Raumordnung in den 1930er Jahren

1935 gründete sich in Köln die Rundfunksäulengesellschaft mbH. Als Gegenstand des Unternehmens wurde im Gesellschaftsvertrag angegeben: „Die Auswertung der Erfindung der ‚Deutschen Rundfunksäule‘, die als ‚öffentliche Nachrichten [sic!] und Propaganda-Säule mit Rundfunk- und Alarmanlage‘ durch Gebrauchsmuster geschützt und als deutsches Reichspatent angemeldet ist, insbesondere Bau und Vertrieb der Rundfunksäulenanlagen und der damit im Zu-

21 Vgl. Heike Weber, *Das Versprechen mobiler Freiheit. Zur Kultur- und Technikgeschichte von Kofferradio, Walkman und Handy*, Bielefeld 2008; Andreas Fickers, *Sichtbar hörbar! Radioapparat und Stadt – Knoten im vernetzten Kommunikationsraum*, in: Clemens Zimmermann (Hg.), *Die Stadt als Kommunikationsraum. Medialität und Raumgefüge der Großstädte im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2006, S. 83–103.

sammenhang stehende Handel mit Rundfunk-Verstärker- und Alarm-Geräten, schließlich die Auswertung der Reklamemöglichkeiten.“<sup>22</sup> Geschäftsführer war der Diplom-Ingenieur Rudolf Vente aus Köln-Merheim. Den Gebrauchsmusterschutz für eine „Nachrichten- und Propagandasäule“ meldeten Peter Ferlings und Willi Orth an. Sie übertrugen die Patent- und Lizenzierungsrechte auf einen Verwandten Ferlings, den Essener Kaufmann Bruno Ferlings, und die Lehrerin Elly Lamprecht aus Wiesbaden-Biebrich. Dies teilte die Deutsche Auskunftei auf Anfrage dem Rheinischen Städtebund mit.<sup>23</sup> Die regionale Vertretung des Deutschen Städte- und Gemeindetages hatte zuvor Nachforschungen anstellen lassen, um in Erfahrung zu bringen, welche Personen im Namen der Firma öffentlich agierten. Die Deutsche Auskunftei wusste jedoch lediglich zu berichten, dass die Firma mit Rundfunkverstärkern und Alarmgeräten handelte. Der Grund für die Nachforschungen der Kommunalvertretung der rheinischen Städte und Gemeinden lag vermutlich darin, dass sich einzelne Bürgermeister für die Anschaffung einer solchen Beschallungsanlage interessierten und daher beim Kommunalverband nachgefragt hatten, ob ohne Bedenken entsprechende wirtschaftliche Beziehungen zu diesem Unternehmen, das heißt zu einem zu diesem Zeitpunkt bereits eindeutig „arischen“ Gewerbebetrieb, aufgenommen werden konnten.

Ende September 1935 erläuterte die Rundfunksäulengesellschaft gegenüber der in Düsseldorf ansässigen Dienststelle des Rheinischen Gemeindetages, dass es sich bei dem von ihr beworbenen medientechnischen Apparat um „eine stationäre und stets betriebsbereite Gemeinschafts- und Grossübertragungsanlage“ handele, „die dem öffentlichen Gemeinschaftsempfang, der Nachrichtenübermittlung und verschiedenen Alarmierungszwecken dient. Sie wird auf öffentlichen Plätzen aufgestellt und ist durch Kabel mit dem Bürgermeisteramt verbunden, wo sich die Zentrale befindet und von wo aus die Anlage in Betrieb gesetzt wird.“<sup>24</sup>

22 Vgl. LAV NRW R, RW 0050–0053, Nr. 622 [Rheinischer Städtetag], Deutsche Auskunftei, Rundfunksäulengesellschaft m.b.H, Köln, Deichmannhaus, 9.9.1935, Bl. 41. Amtsgericht Köln – HRB 7756. Laut Handelsregister des Amtsgerichts Köln stammt der Gesellschaftervertrag vom 23.3./2.5.1935.

23 Ebd., Bl. 41.

24 LAV NRW R, RW 0050–0053, Nr. 622 [Rheinischer Städtetag], Rundfunksäulengesellschaft m.b.H., Köln, Geschäftsführer Rudolf Vente, an Deutscher Gemeindegemeinschaftstag, Provinzialdienststelle Rheinland und Hohenzollern, Düsseldorf, Betr.: Deutsche Rundfunksäule, Köln, 27.9.1935, Bl. 30–31, Bl. 30. [Posteingang 2.10.1935].



Abb. 2: Marktplatz Zülpich<sup>25</sup>

<sup>25</sup> LAV NRW R, RWB 04761-004, Marktplatz Zülpich.



Das Design der Rundfunksäulen war weder eine architektonische noch eine gestalterische Attraktion. Der Antrag auf Erteilung eines Musterschutzes beim Reichspatentamt bezeichnete die Nachrichten- und Propagandasäule als „äusserlich ähnlich der schon bekannten Plakat- oder Litfasssäule [sic!].“ Die Rundfunksäule hatte einen Durchmesser von ca. 1,50 m und eine Höhe von ca. 3,15 m. Das Innere der Rundfunksäule war durch eine Tür zugänglich und konnte zur Aufbewahrung von Gegenständen verwendet werden, etwa für eine Erste-Hilfe-Ausrüstung oder für Streugut. Im oberen Abschnitt der Rundfunksäule, dem Kopfteil, waren ein leistungsstarker Rundlautsprecher und eine Alarmanlage befestigt. Das akustische Stadtmöbel diente somit als „Plakat- und Anschlagssäule“ und zugleich als „Rundfunk-Säule für öffentlichen Gemeinschaftsempfang [...] [und] Alarm-Säule in Fällen dringender Gefahr“.<sup>26</sup> Bis zu einem von der Verwaltung des Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt Berlin, Albert Speer, durchgeführten Wettbewerb zur „ästhetischen“ Gestaltung dieser Gebrauchsbauwerke im städtischen Raum waren die Rundfunksäulen nicht standardisiert. Nach 1937, inzwischen hieß die Rundfunksäule „Reichslautsprechersäule“, änderte sich ihre ästhetische Erscheinung.<sup>27</sup> Die „Reichslautsprechersäule“ war nun eine sechseckige Betonkonstruktion mit Lautsprechern im oberen Bereich und Uhren im Kopfteil. Die Seitenflächen waren aus Spiegelglas, damit die darunter liegende und in zeitlichen Abfolgen austauschbare Werbung vor Wind, Regen, Sonneneinstrahlung sowie mutwilligem Abreißen und Entfernen geschützt war.

Die Beschallungsapparate boten Anschlagflächen für die visuelle Kommunikation in Form von Werbung für Produkte und Veranstaltungen. Die in Bad Godesberg oder auf dem Zülpicher Marktplatz fotografisch im Bild festgehaltenen Säulen fügten sich demnach in eine kommunikationstechnische Modernisierung des Kommunalen ein. Das war anschlussfähig an eine fortschreitende gesellschaftliche Durchdringung mit medialen Infrastrukturen des Sehens

26 DEPATISnet – Datenbank des Deutschen Patent- und Markenamtes für Online-Recherchen zu Patentveröffentlichungen aus aller Welt, <<https://depatisnet.dpma.de/DepatisNet/depatisnet?action=pdf&docid=DE000001321129U>> (31.7.2017). Das Patent, das für das Territorium der Schweiz und für den französischen Markt Gültigkeit einforderte, sah eine viereckige Säule vor, die aus einem Holzpfostengerippe bestand, welches innen durch Eisenprofile verstärkt wurde und auf das außen Kunstbaustoffplatten, z. B. aus Eternit, aufgeschraubt waren. Alternativ zum federnd aufgehängten Rundlautsprecher im Kopfteil konnte ein Einbau von vier Richtungs Lautsprechern vor den Schallöffnungen erfolgen; <<https://depatisnet.dpma.de/DepatisNet/depatisnet?action=pdf&docid=FR000000797716A>> (31.7.2017).

27 Bundesarchiv Berlin (BArch), R 4606/522, Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt – Schreiben mit Anlage von Oberbaurat Stephan, 19.3.1937, Bl. 232–233.

und Hörens<sup>28</sup>. An Rundfunksäulen kreuzten sich diese beiden Modi sinnlicher Wahrnehmung. Die Übertragungsapparate fügten somit eine zusätzlich Schicht des Kommunizierens in Straßen- und Verkehrsräume<sup>29</sup> ein.

Rundfunksäulen waren Stadtmobiliar für Augen und Ohren. Darüber konnten NSDAP-Bürgermeister bestimmen – über Kirchenglocken dagegen nicht, oder zumindest nur in enger Abstimmung mit den Pastoren. Kirchenglocken gehörten zur Geräuschkulisse des städtischen Luftraumes, der einer konfessionellen Regulierung unterlag und nur teilweise auch einer weltlichen.

Die NSDAP-Gauleitung Köln/Aachen förderte die massenmediale Aufrüstung des öffentlichen Raums.<sup>30</sup> Die erste Rundfunksäule in Deutschland wurde in der Gemeinde Türnich (heute ein Stadtteil von Kerpen) auf dem Denkmalplatz in Brüggen errichtet. Probevorführungen fanden vor dem Gemeinderat am 21. März 1935 und vor dem Stellvertreter des Gaupropagandaleiters, Herbert Eckert, und dem Rundfunkwart des Gaus Köln-Aachen, Hans Vornhagen, am 7. Mai 1935 statt.<sup>31</sup> Der Westdeutsche Beobachter vom 23. März 1935 wusste zu berichten, dass das Reichspropagandaministerium diese Medientechnologie für eine „ideale Gemeinschaftsempfangsanlage“ hielt, denn sie besitze ein ver-

28 Vgl. Daniel Morat, Zur Geschichte des Hörens. Ein Forschungsbericht, in: Archiv für Sozialgeschichte 51 (2011), S. 695–716; <[http://zeithistorische-forschungen.de/sites/default/files/medien/material/2011-2/Morat\\_2011.pdf](http://zeithistorische-forschungen.de/sites/default/files/medien/material/2011-2/Morat_2011.pdf)> (31.7.2017); Jürgen Müller, „The Sound of Silence“. Von der Unhörbarkeit der Vergangenheit zur Geschichte des Hörens, in: Historische Zeitschrift 292 (2011), S. 1–29.

29 Vgl. Kathrin Fahlenbrach, Protest-Räume – Medien-Räume. Zur rituellen Topologie der Straße als Protest-Raum, in: Sandra Maria Geschke (Hg.), Straße als kultureller Aktionsraum. Interdisziplinäre Betrachtungen des Straßenraums an der Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis, Wiesbaden 2009, S. 98–111; Petra Hornig, Öffentlicher Stadtraum und das Publikum von Kunst im öffentlichen Raum, in: dies., Kunst im Museum und Kunst im öffentlichen Raum. Elitär versus demokratisch?, Wiesbaden 2011, S. 139–191.

30 Hans Hauptstock hat diesbezüglich zahlreiche Archive ausgewählter Städte und Gemeinden im Rheinland besucht und vielfältige Hinweise auf die kommunalen Einbindungen und Funktionen von Rundfunksäulen freigelegt.

31 Vgl. LAV NRW R, RW 0050–0053, Nr. 622 [Rheinischer Städtetag], Rundfunksäulengesellschaft m.b.H., Köln, Geschäftsführer Rudolf Vente, an Deutscher Gemeindetag, 27.9.1935, Bl. 30. Stadtarchiv (StA) Kerpen, Bestand Gemeinde Türnich, Nr. 2692 [Errichtung von Rundfunksäulen], Gaupropagandaleiter Toni Winkelkemper an Bürgermeister Hans von Lassaulx, 11.5.1935. Vermutlich ist die erste Rundfunksäule auf dem Denkmalplatz in Türnich-Brüggen errichtet worden, da in den Jahren 1934 bzw. 1935 die beiden Anmelder des Gebrauchsmusterschutzes für eine „Nachrichten- und Propagandasäule“, Peter Ferlings und Willi Orth, im nahen Liblar bzw. in Brüggen wohnten.

meintliches Alleinstellungsmerkmal: Ihr gehöre „eine ganz große Zukunft“, weil sie die bisherigen Kommunikationswege der Ankündigung und Mitteilung ersetzen könne.

Das Ausschellen von Nachrichten wurde eine Praxis der Vergangenheit. „Gemeinschaftsempfang“ lautete die Parole der neuen Zeit. Dazu zählte „ein lückenloser Nachrichtendienst von steter Bereitschaft als Bindeglied zwischen Führer und Volk“.<sup>32</sup> Geplant war eine Anlage für den Gemeinschaftsempfang mit einer Zentrale im Bürgermeisteramt in Türnich und Rundfunksäulen in den sechs Ortsteilen Brüggen, Balkhausen, Türnich, Grefrath, Bottenbroich und Habelrath.<sup>33</sup> Aus Kostengründen wurde letztlich jedoch nur die Rundfunksäule in Brüggen realisiert.<sup>34</sup> Der Großlautsprecher der Rundfunksäule war über ein Kabel an ein Körting Unix-Radio mit 20-Watt-Breitbandverstärker angeschlossen.<sup>35</sup> Das Radiogerät stand in der Wohnung des Feldhüters Josef Buschheuer. Der Kommunalbeamte kümmerte sich darum, dass die Rundfunksäule für Radioübertragungen rechtzeitig angeschaltet war und einwandfrei ohne Störungen funktionierte.<sup>36</sup> Für die Säule bezahlte die Gemeinde Türnich 1.881,95 Reichsmark. Den Betrag verzeichnete der Gemeinderat in einem Nachtragshaushalt

32 LAV NRW R, RW 0050–0053, Nr. 622 [Rheinischer Städtetag], Vente an Deutscher Gemeindegtag, 27.9.1935, Anlage 1: Bericht aus dem „Westdeutscher Beobachter“, 23.3.1935, Bl. 33.

33 Vgl. StA Kerpen, Bestand Gemeinde Türnich, Nr. 2692 [Errichtung von Rundfunksäulen], Deutsche Rundfunksäulen-Gesellschaft in Gründung, Köln, Die deutsche Rundfunksäule. Schema einer 120-Watt-Anlage für die Bürgermeisterei Türnich/Erft, 8.3.1935. Deutsche Rundfunksäulen-Gesellschaft in Gründung, Köln, an Bürgermeister der Gemeinde Türnich. Kostenanschlag für eine Großübertragungsanlage von 120 Watt mit einer Zentrale und 6 Rundfunksäulen, 19.3.1935.

34 Vgl. StA Kerpen, Bestand Gemeinde Türnich, Nr. 2692 [Errichtung von Rundfunksäulen], Handschriftlicher Entwurf eines Schreibens des Bürgermeisters Hans von Lassaulx an die Rundfunksäulen-Gesellschaft, Köln, 7.6.1935.

35 Vgl. StA Kerpen, Bestand Gemeinde Türnich, Nr. 2600 [Rundfunkanlagen, Reklame, Werbung], Aktenvermerk über Rundfunkgeräte im Besitz der Gemeinde Türnich, 13.5.1937.

36 Vgl. StA Kerpen, Bestand Gemeinde Türnich, Nr. 2692 [Errichtung von Rundfunksäulen], Aktenvermerk vom 10.12.1935 für eine Aufwandsentschädigung zugunsten des Feldhüters Buschheuer auf der Rückseite der Rechnung von Wilhelm Büchen für Übertragungsanlage Brüggen, 30.8.1935. StA Kerpen, Bestand Gemeinde Türnich, Nr. 2600 [Rundfunkanlagen, Reklame, Werbung], Antwortschreiben des Bürgermeisters an Funkstellenleiter der NSDAP-Ortsgruppe Türnich, 21.3.1936.

unter der Rubrik „Kulturpflege/Verschiedenes“.<sup>37</sup> Hinweise auf Einnahmen durch die erfolgreiche Vermietung der Werbeflächen ließen sich jedoch nicht nachweisen. Immerhin sind zwei Verwendungen der Rundfunksäule schriftlich dokumentiert.<sup>38</sup> Eine fand im Rahmen des Wahlkampfes zur (gleichgeschalteten) Wahl des Reichtags im März 1936 statt. Der Funkstellenleiter der NSDAP-Ortsgruppe Brüggen bat den Bürgermeister von Türnich, Hans von Lassaulx, die Rundfunksäule und für Übertragungen in Schulen entsprechende Geräte bereit zu stellen.<sup>39</sup> Diesen Wunsch erfüllte von Lassaulx gerne. Die zweite aktenkundig gewordene Benutzung erfolgte zum Tag der Nationalen Arbeit am 1. Mai 1936. Zu diesem Anlass sollte der in Berlin stattfindende Staatsakt in der rheinischen Gemeinde zu hören sein, damit er dort bei der in der Mehrheit katholischen Bevölkerung Gehör finden konnte.<sup>40</sup>

In Overath nahm der stellvertretende Gemeindevorsteher Hans Dünn am 8. September 1935 die dortige Rundfunksäule in Betrieb. Der Apparat war auf dem Grundstück des Gasthofes Steinhof aufgestellt worden. Dieser lag direkt gegenüber der katholischen Kirche St. Walburga, in Hörweite der Lautsprecher. Mit dem Wirt Reiner Becker verständigte sich die Gemeinde am 30. August 1935 über die Aufstellung der Rundfunksäule und die unentgeltliche Mitbenutzung seines Radios. Becker übernahm sogar die Stromrechnung.<sup>41</sup> Der Overather Gemeinderat begründete die Anschaffung der Übertragungsanlage mit der Anordnung von Innenminister Hans Frick über den Gemeinschaftsempfang in den

37 Vgl. StA Kerpen, Bestand Gemeinde Türnich, Nr. 20–453, Haushaltssatzung der Landgemeinde Türnich für das Rechnungsjahr 1935, Ausgaben IV, Kulturpflege, Verschiedenes, Großlautsprecheranlage, 2. Nachtrag. StA Kerpen, Bestand Gemeinde Türnich, Nr. 20–455, Haushaltssatzung der Landgemeinde Türnich für das Rechnungsjahr 1937 Ausgaben IV, Kulturpflege, Verschiedenes, Großlautsprecheranlage, Vorjahre, Ist 1935.

38 Vgl. StA Kerpen, Bestand Gemeinde Türnich, Nr. 2600 [Rundfunkanlagen, Reklame, Werbung in Schulen], Aktenvermerk über Rundfunkgeräte im Besitz der Gemeinde Türnich, 13.5.1937.

39 Vgl. StA Kerpen, Bestand Gemeinde Türnich, Nr. 2600 [Rundfunkanlagen, Reklame, Werbung], Funkstellenleiter der NSDAP-Ortsgruppe Türnich an Bürgermeister Hans von Lassaulx, 19.3.1936 und Antwortschreiben des Bürgermeisters an Funkstellenleiter der NSDAP-Ortsgruppe Türnich, 21.3.1936.

40 Vgl. StA Kerpen, Bestand Gemeinde Türnich, Nr. 2600 [Rundfunkanlagen, Reklame, Werbung], Ortsgruppenleiter der NSDAP-Ortsgruppe Türnich an Bürgermeister Hans von Lassaulx, 25.4.1936; sowie Antwortschreiben des Bürgermeisters an Funkstellenleiter der NSDAP-Ortsgruppe Türnich, 21.3.1936.

41 Vgl. Stadtarchiv (StA) Overath, Nr. 20–32, Haushaltsplan der Gemeinde Overath für das Rechnungsjahr 1936. Ausgaben J, Anstalten und Einrichtungen, S. 79. Nachtragshaushalt 1936, Position 496.

Kommunen des Deutschen Reiches. Sitzungsleiter Dünn gab bekannt, dass er am 6. August 1935 mit der Rundfunksäulengesellschaft in Köln einen Vertrag geschlossen hatte. Darüber hatte der Gemeinderat im Vorfeld keine Minute beraten. Über die entstehenden Kosten hieß es:

„An Miete muß die Gemeinde monatlich 20,- RM zahlen. Nach Ablauf von 10 Jahren geht die Rundfunksäule in das Eigentum der Gemeinde Overath über. An den Einnahmen aus der Reklameverpachtung der Rundfunksäule ist die Gemeinde nicht beteiligt. Die Kosten für Fundament und Anschlußleitungen gehen zu Lasten der Gemeinde.“<sup>42</sup>

Dünn stellte gemeinnützige Zwecke in den Vordergrund, um die Anschaffung und den Vertragsabschluss mit dem Kölner Unternehmen zu rechtfertigen. Die Ausgaben der Gemeinde Overath für die Rundfunksäule betragen im Haushaltsjahr 1935/36 insgesamt 1.758 Reichsmark.<sup>43</sup> Die Werbeeinnahmen, die durch die Verpachtung der Flächen entstanden, gingen vollständig an die Rundfunksäulengesellschaft. Anscheinend war es für den Overather Gemeinderat sehr wichtig, dass die Rundfunksäule einen zentralen Ort in der Kommune erhielt, gegenüber der katholischen Kirche. Die regelmäßige Dauerbeschallung des konfessionellen „Anderen“ konnte somit in die Wege geleitet werden. Der Westdeutsche Beobachter freute sich im September darüber, dass zukünftig „jeden Sonntagmorgen um 11 Uhr durch die Rundfunksäule die Bekanntmachungen des Bürgermeisteramtes herausgeben werden“<sup>44</sup> konnten. Damit konkurrierte die Stimme des NSDAP-Bürgermeisters Hermann Hover bzw. dessen Stellvertreters Dünn mit derjenigen des katholischen Pfarrers, der die Messe mit der Kirchengemeinde feierte. Nationalsozialistische Gemeinschaftsempfänge waren nun-

42 StA Overath, Nr. 10–75, Protokollbuch des Gemeinderats Overath, November 1928 – März 1943. Sitzung vom 3.9.1935. Tagesordnungspunkt 7, Verschiedenes, c) Gemeinschaftsempfang, S. 383 und 389. Siehe dazu Rheinisch-Bergische Zeitung Nr. 213 vom 13.9.1935, Bericht über die Gemeinderatssitzung in Overath.

43 StA Overath, Nr. 20–32, Nachtragshaushalt 1936, Position 496. In dieser Summe sind 75,52 Reichsmark für Handwerkerleistungen und 598,50 Reichsmark für Apparate und dergleichen enthalten.

44 LAV NRW R, RW 0050–0053, Nr. 622 [Rheinischer Städtetag], Kopie des Berichtes „Die Rundfunksäule“ aus Westdeutscher Beobachter, 9.9.1935, Bl. 37.

mehr politische Messen im öffentlichen Raum Overaths.<sup>45</sup> Die Rundfunksäule verband, so die Verlautbarung der NSDAP-Gauparteizeitung, Führer, Partei und Volk und erwies sich dadurch als „eine wertvolle Hilfe als Wegbereiter der deutschen Volksgemeinschaft“.<sup>46</sup> Die Zeitung hielt den „notorischen Stänkern“ entgegen, dass aufgrund besonderer Abmachungen mit der Firma „der Gemeindegat in keiner Weise belastet wird“.<sup>47</sup> Diese Aussage stimmte nicht. Durch das uneingeschränkte propagandistische Lob der Overather und Bad Godesberger Beschallungsanlage überdeckte der Westdeutsche Beobachter jedoch diese Auslassung.<sup>48</sup>

Die Rundfunksäule in Bad Godesberg stand vor dem Rathaus in der Koblenzer Straße Nr. 40. Betriebsfertig war diese Säule Anfang Dezember 1935. Bürgermeister Heinrich Alef hatte sicherlich den Bericht in der Gauzeitung der NSDAP angeregt. Im Kopfteil trug der Apparat den Schriftzug „Deutsche Rundfunksäule“. Auf den Reklameflächen der Rundfunksäule, die ab 1937 zusätzlich mit einer öffentlichen Zeitanzeige ausgestattet war, warben ortsansässige Autohäuser und Fotogeschäfte oder es wurde für Hustenpillen der lokalen Marke Rheila geworben.<sup>49</sup> Anlässlich der Feierlichkeiten zu Hitlers 47. Geburtstag am 20. April 1936 kam die Rundfunksäule zum Einsatz. Mit der Zusammenschaltung der Reichsender war die Berichterstattung über die Feiern und Veranstaltungen in Berlin somit auch von der Bevölkerung in der Kurstadt Bad Godesberg im öffentlichen Raum zu vernehmen.<sup>50</sup> Auch der Zug der Betriebsgemeinschaften, die in Kolonnen am 1. Mai 1936 durch die Stadt am Rhein schritten, endete an der

45 In der Broschüre zur Ausstellung „Overath unter dem Hakenkreuz“ im Jahr 2014 führte der Heimatforscher Willi Fritzen aus, dass Hermann Hover, Ortsgruppenleiter und Bürgermeister von Overath von 1936 bis 1945, mittels der Rundfunksäule „die sonntäglichen Gottesdienste in der Pfarrkirche St. Walburga u.a. mit Marschmusik stören“ ließ.

46 LAV NRW R, RW 0050–0053, Nr. 622 [Rheinischer Städtetag], Kopie des Berichtes „Die Rundfunksäule“ aus Westdeutscher Beobachter, 9.9.1935, Bl. 37.

47 Ebd.

48 Vgl. Westdeutscher Beobachter 11 (1935), Nr. 341 vom 13.12.1935. Im Bericht gibt es ein Foto der Overather Rundfunksäule.

49 Vgl. Westdeutscher Beobachter 11 (1935), Nr. 338 vom 10.12.1935 sowie General-Anzeiger für Bonn 47 (1935), Nr. 15416 vom 18.12.1937. Siehe ebenfalls LAV NRW R, RW 0050–0053, Nr. 622 [Rheinischer Städtetag], Bürgermeister der Stadt Bad Godesberg, Heinrich Alef, an Rundfunksäulen-Gesellschaft m.b.H., Köln, Betr.: Deutsche Rundfunksäulen, Koblenzerstrasse, Bad Godesberg, 16.12.1935, Bl. 70; LAV NRW R, Foto RWB 0476–001, Bad Godesberg, Koblenzer Straße; Stadtarchiv (StA) Bonn, Fotos 5874 a-c, Bad Godesberg, Koblenzer Straße Nr. 40.

50 Vgl. Westdeutscher Beobachter 12 (1936) vom 21.4.1936.

Rundfunksäule vor dem Rathaus. NSDAP-Ortsgruppenleiter Karl Brenig hielt eine Rede, danach „setzten die Lautsprecher ein, um zunächst die Ansprache Dr. Goebbels und anschließend die große Rede des Führers zum Nationalen Feiertag des deutschen Volkes zu übertragen“,<sup>51</sup> schrieb die Lokalzeitung. Die Bad Godesberger Kommunalpolitiker bewerteten die Wirkung der neuen Apparatur positiv. Sie entschieden sich daher für die Errichtung einer zweiten Rundfunksäule im Godesberger Stadtpark in der Nähe des Erfrischungshäuschens. Der Sockel der Säule, des neuen „Schmuckstück[s] des Parks“, bestand aus rotem Main-Sandstein. Für die am Rhein gelegenen Grünanlagen des Adolf-Hitler-Platzes war eine weitere, gleichartige Rundfunksäule vorgesehen.<sup>52</sup>

Die Stadt Zülpich im Kreis Euskirchen stellte im Sommer 1935 eine Rundfunksäule gegenüber dem Rathaus auf dem in Adolf-Hitler-Platz umbenannten Marktplatz auf. Der Zülpicher Bürgermeister Dr. Friedrich Victor teilte den Ratsherren in der Sitzung vom 23. September 1935 mit, dass die Kölner Rundfunksäulengesellschaft „mietweise eine Rundfunksäule [...] im öffentlichen Interesse hat errichten lassen“.<sup>53</sup> Als monatliche Miete waren 30 Reichsmark angesetzt. Die Laufzeit betrug zehn Jahre. Da allerdings die Stadtparkasse Zülpich die Werbefläche auf der Rundfunksäule anmietete, deckten die daraus stammenden Einnahmen immerhin die bei der Anschaffung anfallenden Kosten.<sup>54</sup> Im Vorfeld des „Führergeburtstages“ 1936 erwarb der in der Eifel gelegene Ort Gemünd (heute ein Stadtteil von Schleiden) ebenfalls eine Rundfunksäule. Der dortige Bürgermeister Dr. Peter Breuer verpflichtete sich in einem am 8. April 1936 geschlossenen Vertrag mit der Rundfunksäulengesellschaft zu einem Kauf

51 Mittelrheinische Landeszeitung – Godesberger Volkszeitung vom 2.5.1936.

52 Vgl. LAV NRW R, RW 0050–0053, Nr. 622 [Rheinischer Städtetag], Bürgermeister der Stadt Bad Godesberg an den Deutschen Gemeindegtag, Provinzialdienststelle Rheinland, Düsseldorf, Betr.: Rundfunksäulen; Mitteilungen des Nachrichtendienstes des deutscher Gemeindegtages, 19.6.1936, Bad Godesberg, 23.6.1936, Bl. 64; General-Anzeiger für Bonn 48 (1936), Nr. 15583 vom 11./12.7.1936.

53 Vgl. Stadtarchiv Zülpich, Nr. 480, Protokollbuch der Stadtvertretung Zülpich 20.4.1934–23.8.1939. Sitzung vom 23.9.1935. Tagesordnung 12. Mitteilungen a). Siehe ferner LAV NRW R, RW 0050–0053, Nr. 622 [Rheinischer Städtetag], Bürgermeister der Stadt Euskirchen an Deutscher Gemeindegtag, Provinzialdienststelle Rheinland und Hohenzollern (Düsseldorf), Betr.: Rundfunksäulengesellschaft m.b.H., Euskirchen, 19.8.1935, Bl. 19.

54 Ebd., Bl. 19.

mittels Ratenzahlung.<sup>55</sup> Ein Gemünder Schreiner baute einen Tisch, auf welchem Mikrophon, Regler und Verstärkeranlage platziert wurden. Ein örtlicher Elektroinstallateur legte die notwendigen Anschlussleitungen für Telefon und Strom, ein Bauunternehmer erstellte das Fundament.<sup>56</sup> Bürgermeister Breuer schaffte einen Schallplattenspieler an, kaufte einige Tonträger für ein Unterhaltungsmusikprogramm und ließ sich von der Rundfunksäulengesellschaft noch einige Titel zusätzlich liefern.<sup>57</sup> In einem Referenzschreiben lobte der Gemünder Bürgermeister die Rundfunksäule. Die technische Ausführung sei nicht zu beanstanden. Die „Qualität der zugehörigen modernen Übertragungsapparaturen“ biete „volle Gewähr für Betriebssicherheit und einwandfreie Wiedergabe [...] von Übertragungen des Rundfunks, ins Mikrophon gesprochener Worte oder Schallplattenmusik“.<sup>58</sup> Weil die akustischen Voraussetzungen so ausgezeichnet seien, freute sich Breuer, könne die „Übertragung am Tag der nationalen Arbeit in einer bisher nicht gekannten Klarheit erfolgen“.<sup>59</sup> Deshalb sei „die Rundfunksäulen-Anlage [...] in unserem Städtchen unentbehrlich geworden“.<sup>60</sup> Entgegen dieser offiziellen Darstellung funktionierte die Rundfunksäule in den

55 Vgl. StA Schleiden, Bestand Alt-Gemünd, Nr. 237, Belege zur Jahresrechnung für 1936. Ausgabe-Anweisung des Bürgermeisters an die Stadtkasse Gemünd, 25.4.1936, Bl. 2544, Quittung der Rundfunksäulengesellschaft m.b.H., 25.4.1936, Bl. 2545, sowie Ausgabe-Anweisung des Bürgermeisters an die Stadtkasse Gemünd, 25.4.1936, Bl. 2564. Siehe ferner LAV NRW R, RW 0050–0053, Nr. 622 [Rheinischer Städte-tag], Stadt- und Kurverwaltung Gemünd-Eifel, der Bürgermeister, Dr. Peter Breuer, an Rundfunksäulen-Gesellschaft m.b.H., Köln, Betr.: Deutsche Rundfunksäule, 6.5.1936, Bl. 69. Die erste Abschlagszahlung in Höhe von 800,- Reichsmark erfolgte am 25.4.1936. Die zweite Überweisung in Höhe von 500,- Reichsmark als Rate für das Haushaltsjahr 1937 tätigte die Kommune am 28.8.1936. Weitere Zahlungen sind in der Akte nicht mehr verzeichnet.

56 Vgl. StA Schleiden, Bestand Alt-Gemünd, Nr. 237, Belege zur Jahresrechnung für 1936. Rechnungen: Schreinermeister Josef Wolfgarten u. a. für einen Radiotisch und Mikrophonständer, Bll. 2550, 2558; Rechnungen Elektr. Install.-Meister Paul Schockert für Stecker, Dosen, Röhren und Tonabnehmer, Bll. 2551, 2553, 2559; Rechnung Baugeschäft Fuhs für Fundamentarbeiten, Bl. 2576.

57 Vgl. StA Schleiden, Bestand Alt-Gemünd, Nr. 237, Belege zur Jahresrechnung für 1936. Rechnung der Rundfunksäulengesellschaft m.b.H., 27.4.1936, Bl. 2552. Ausgabe-Anweisung des Bürgermeisters an die Stadtkasse Gemünd, 18.5.1936, Bl. 2547. Ausgabe-Anweisung eines Beigeordneten an die Stadtkasse, 4.9.1936, Bl. 2565. [Fortlaufende Paginierung im gesamten Bestand].

58 LAV NRW R, RW 0050–0053, Nr. 622 [Rheinischer Städtetag], Stadt- und Kurverwaltung Gemünd-Eifel, der Bürgermeister, Dr. Peter Breuer, an Rundfunksäulen-Gesellschaft m.b.H., Köln, Betr.: Deutsche Rundfunksäule, 6.5.1936, Bl. 69.

59 Ebd.

60 Ebd.



ersten Wochen jedoch gar nicht. Von Beginn an begleiteten technische Probleme den Betrieb. Anfang Juni 1936 waren die Schaltkreise des Vorverstärkers für das Sprechmikrofon schadhaft geworden und das Gerät musste erst einmal zur Reparatur geschickt werden. Ferner taugte das 125 Meter lange Mikrofonkabel nichts. Es war anscheinend nicht entstört und isoliert worden. Die Rundfunksäulengesellschaft musste es daher zurücknehmen und durch ein wetterfestes Spezialkabel ersetzen.<sup>61</sup>

Auch in Dormagen hatte die Stadtverwaltung nach 1933 einen Lautsprecher und einen Verstärker erworben. Im Vorfeld der Olympischen Spiele 1936 ersetzte eine Rundfunksäule die bisherigen Beschallungsgeräte.<sup>62</sup> Sie stand auf dem Platz vor dem Rathaus. Am 14. Juli 1936 wurde ihre Funktionstüchtigkeit erfolgreich getestet.<sup>63</sup> Die Rundfunksäule war direkt mit dem Bürgermeisteramt verbunden.<sup>64</sup> Dort waren die Steuerungszentrale, die Sprechvorrichtung, ein Verstärker und ein „elektrisches Schallplattenlaufwerk“ zum Abspielen von Tonträgern untergebracht, berichtete die Lokalzeitung stolz.<sup>65</sup> Damit konnte das Bürgermeisteramt endlich sämtliche verpflichtende „Reichsauflegesendungen, wichtige Kundgebungen der örtlichen Parteistellen, täglich Mittagskonzerte, Nachrichten und Olympiameldungen“ in den öffentlichen Raum hinein senden. Weiterhin konnte die Rundfunksäule „zur Umrahmung von örtlichen Feiern“, bei Karnevalsumzügen, bei Paraden des Schützenvereins oder „als Kommandozentrale bei Aufmärschen zur Verfügung stehen“, kündigte der Anzeiger für Köln-Worringen, Dormagen und Umgebung an. Die Kernaussage des betreffenden Artikels war in der Überschrift formuliert: „Ein Bindeglied zwischen Führer,

61 Vgl. StA Schleiden, Bestand Alt-Gemünd, Nr. 237, Belege zur Jahresrechnung für 1936. Rechnungen der Rundfunksäulengesellschaft m. b. H., 16.6.1936, Bl. 2555–2556.

62 Vgl. Archiv im Rhein-Kreis Neuss – Bestand Amt Dormagen Nr. 2021/5. Haushaltspläne der Gemeinde Hackenbroich für die Rechnungsjahre 1936, 1937 und 1939 und der Gemeinde und des Amtes Dormagen für 1936 und 1937, 1935–1939. Einzelplan 1938, Kultur- und Gemeinschaftspflege, Einnahmen: Miete aus der Verpachtung der Reklameflächen an der Rundfunksäule 100,- Reichsmark für 1937 und erwartete 550,- Reichsmark für 1938. Aus dem Verkauf eines Großlautsprechers 250,- Reichsmark für 1936. Ausgaben: Unterhaltung der Großlautsprecheranlage (Rundfunksäule) 1.307,44 Reichsmark für 1936, jeweils 700,- Reichsmark für 1937 und 1938.

63 Vgl. Anzeiger für Köln-Worringen, Dormagen und Umgebung 6 (1936), Nr. 29 vom 17.7.1936.

64 Vgl. LAV NRW R, RW 0050–0053, Nr. 622 [Rheinischer Städtetag], Die Deutsche Rundfunksäule, Werbebroschüre, ca. 1935, Bl. 35–36.

65 Anzeiger für Köln-Worringen, Dormagen und Umgebung 6 (1936), Nr. 33 vom 14.8.1936.

Partei und Volk“.<sup>66</sup> Diese Überschrift war bereits bei der ersten Vorführung der Rundfunksäule in Türnich im Frühjahr 1935 in gleicher Weise in der NSDAP-Parteizeitung *Westdeutscher Beobachter* platziert worden.

Im Siegkreis begründete die Kommune Oberkassel, der heutige Bonner Ortsteil im Stadtbezirk Bonn-Beuel, die Errichtung einer Rundfunksäule mit der Anregung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, wonach „in den Gemeinden, die hierzu in der Lage sind, Übertragungszentralen für besondere Rundfunkübertragungen errichtet werden“.<sup>67</sup> Die Vertreter des Gemeinderats hatten an dieser Idee Gefallen gefunden. Der neue Bürgermeister Walter Tersteegen sollte dazu die weiteren Verhandlungen mit der Rundfunksäulengesellschaft in Köln führen. In den Haushaltsplänen der Kommune lassen sich Anschaffungskosten für die Rundfunksäule in Höhe von 3.030 RM belegen. Es sind Gesamtaufwendungen, die die Lizenzgebühr, den Bau, den Anschluss und die Wartung umfassten.<sup>68</sup> Das „Oberkasseler Spezial-Geschäft für Elektrotechnik und Rundfunk Hürter“ kassierte 301 Reichsmark für die technische Ausrüstung und die Rundfunksäulengesellschaft bekam 159,05 Reichsmark für die Aufstellung.<sup>69</sup> Die örtliche Volksbank und die lokale Brauerei mieteten die neu geschaffenen Reklameflächen an und entrichteten jeweils 120 Reichsmark jährlich an die Gemeindekasse.<sup>70</sup>

In Lechenich, im damaligen Kreis Euskirchen, versammelten sich am 4. Oktober 1936 „die Formationen der Partei an der neuerrichteten Rundfunksäule, um an der Uebertragung der Feier vom Bückeberg teilzunehmen“.<sup>71</sup> Die Lechenicher Rundfunksäule, die auf dem Marktplatz vor dem Rathaus stand,<sup>72</sup> wurde

66 Ebd.

67 Vgl. StA Bonn, Ok Nr.10, Sitzungsniederschriften von Rats- und Ausschusssitzungen, Bd. 4, 1921–1936 (Gemeinderat, Beschluß-Buch Obercassel), Sitzung vom 6.8.1936, Tagesordnung 3. Anlage einer Rundfunksäule.

68 Vgl. StA Bonn, Ok Nr. 399, Haushaltssatzung der Gemeinde Oberkassel für das Rechnungsjahr 1934–1935. Ordentlicher Haushaltsplan 1936, Allgemeine Verwaltung A12 Beschaffung einer Rundfunksäule, Nachtrag.

69 Vgl. StA Bonn, Ok Nr. 73, Gemeinderechnung 1937, Ausgabe Rundfunksäule, Bl. 95.

70 Vgl. StA Bonn, Ok Nr. 74, Kassenbuch: Haupteinnahmebuch der Amtskasse für das Rechnungsjahr 1943, Sachbuchtitel 34, Laufende Nummern 118, 844, 1704, 2471, 2552.

71 *Westdeutscher Beobachter*, Ausgabe Euskirchen, vom 7.10.1936.

72 Sammlung Dr. Frank Bartsch, Berlin, Ansichtskarte „Lechenich, Markt“ (gelaufen 1.5.1942).

über die Propagandazwecke hinaus aber auch dazu benutzt, um an Sonntagen nach dem Hochamt die amtlichen Bekanntmachungen und Hinweise durchzugeben.<sup>73</sup>



Abb. 3: Stadtpark Bad Godesberg<sup>74</sup>

### 3. NSDAP-Bürgermeister als „Kleinstadt-Führer“: Das Beispiel Bad Godesberg

„Die Stadt Bad Godesberg“, schrieb der Bürgermeister Heinrich Alef Ende Juni 1936 an die rheinische Dienststelle des Deutschen Gemeindetages, habe bereits „im vergangenen Jahre am hiesigen Orte eine Rundfunksäule [...] errich-

73 Westdeutscher Beobachter, Ausgabe Euskirchen, vom 17.10.1936.

74 LAV NRW R, RWB 04761-0002, Stadtpark Bad Godesberg.

ten lassen“.<sup>75</sup> Mit diesem Gerät seien „in der verflorenen Zeit auf dem Gebiete der Werbung ganz vorzügliche Erfolge erzielt“ worden, „sodass inzwischen Auftrag zur Lieferung einer zweiten Rundfunksäule erteilt wurde“. Die Aufstellung von Rundfunksäulen könne deshalb „den anderen Städten und Gemeinden nur empfohlen werden“.<sup>76</sup> Im Verlaufe des Jahres 1935 war die Rundfunksäulengesellschaft an andere Kommunen im Kölner Umland herangetreten. Verschiedene Städte und Gemeinden hatten, so scheint es, unabhängig voneinander und ohne Koordinierung durch den Rheinischen Städtetag bereits Verhandlungen mit der Rundfunksäulengesellschaft aufgenommen. Die kommunalen Konkurrenzverhältnisse zwischen den Städten des Rheinlands begünstigten das unternehmerische Vorgehen. Der Bürgermeister von Euskirchen, Gottfried Disse, stellte im August 1935 in einem Schreiben heraus, dass Jülich, Zülpich, Bad Godesberg, Overath und Köln „bereits Rundfunksäulen bestellt haben, um den gewünschten öffentlichen Empfang zu sichern und überhaupt im Sinne des Propagandaministeriums der Öffentlichkeit die Rundfunkübertragungen zugänglicher zu machen“.<sup>77</sup> Die Vertreter der Rundfunksäulengesellschaft hätten ausgeführt, schrieb der Euskirchener Bürgermeister an den Düsseldorfer Regierungspräsidenten, dass die Kommune pro Rundfunksäule 2.480 Reichsmark investieren müssten. Die Summe könne auch über einen Zeitraum von zehn Jahren in Raten bezahlt werden: „Da gleichzeitig an der Säule Reklamemöglichkeiten anzubringen sind, [...] trage sich die Ausgabe durch die laufenden Einnahmen.“<sup>78</sup>

Das Stadtoberhaupt blieb skeptisch gegenüber den Argumenten der Handelsvertreter. Diese gaben sich „einen halboffiziellen Anstrich“ und vermittelten in ihren Ausführungen den Eindruck, „als ob sie eng mit dem Propagandaministerium arbeiteten und dessen Interessen im Sinne der öffentlichen Aufklärung

75 LAV NRW R, RW 0050–0053, Nr. 622 [Rheinischer Städtetag], Bürgermeister der Stadt Bad Godesberg (Heinrich Alef) an den Deutschen Gemeindegtag, Provinzialdienststelle Rheinland (Dr. Kurt Kottenberg), Düsseldorf, Betr.: Rundfunksäulen. Mitteilungen des Nachrichtendienstes des Deutschen Gemeindegtages, 19.6.1936, Bad Godesberg, 23.6.1936, Bl. 64.

76 Ebd.

77 LAV NRW R, RW 0050–0053, Nr. 622 [Rheinischer Städtetag], Bürgermeister der Stadt Euskirchen, Georg Disse, an Deutscher Gemeindegtag, Provinzialdienststelle Rheinland und Hohenzollern (Düsseldorf), (Geschäftsführer Dr. Kurt Kottenberg), Betr.: Rundfunksäulengesellschaft m.b.H., Euskirchen, 19.8.1935, Bl. 19. Die Anschaffung und Inbetriebnahme von Rundfunksäulen in Eschweiler, Düren, Jülich und Köln lässt sich jedoch trotz eingehender Archivrecherche nicht eindeutig belegen.

78 Ebd.

mitvertreten würden.<sup>79</sup> Deshalb wollte der Euskirchener Bürgermeister bei der Provinzialdienststelle des Kommunalverbandes in Erfahrung bringen, inwieweit „die Reklame auf einer Säule dieser Art mit der Reklame auf unsern bisherigen [verpachteten] Anschlagsäulen“<sup>80</sup> konkurriere. Denn es ging ihm darum, mögliche Ansprüche auf Schadensersatz von vorneherein auszuschließen. Die Vertreter der Rundfunksäulengesellschaft hatten zwar versichert, dass die Fragen der öffentlichen Reklame geklärt seien, weil sie nur mit überregionalen Großfirmen zusammenarbeiteten. Der Geschäftsführer der Provinzialdienststelle Rheinland riet dem Euskirchener Bürgermeister aber dennoch, zunächst keinen Geschäftsabschluss zu tätigen. So sei „mit Rücksicht auf die Zweifelhaftigkeit der Sache empfohlen, [sich] zunächst abwartend zu verhalten“,<sup>81</sup> bis der Deutsche Gemeindetag weitere Informationen bezüglich der Rundfunksäulengesellschaft eingeholt habe. Das dauerte dann einige Monate. Währenddessen zeigte sich Alef von der ersten Rundfunksäule in seiner Stadt in einem Maße begeistert, dass er der Rundfunksäulengesellschaft im Winter 1935 ein Referenzschreiben über seine Kundenzufriedenheit ausstellte. „Jeder Laie kann mithin die Anlage bedienen“,<sup>82</sup> betonte der Bürgermeister, deshalb stelle sie auch „keine besonderen Anforderungen“ an die technischen Kenntnisse. Die Geräte der Leipziger Firma Körting böten „die Gewähr einer einwandfreien Uebertragung, sowohl in Sprache und Musik“. Die Verkabelung der Rundfunksäule und die Anschlüsse an die zentrale Steuerungseinheit im Bürgermeisteramt seien „technisch einwandfrei und sauber ausgeführt“. Die Rundfunksäule passe „sich dem Ortsbild an und lässt sich für alle möglichen Zwecke praktisch ausnutzen“. Das hätte „in der Bevölkerung bereits grossen Anklang und Interesse gefunden“.<sup>83</sup> Im Bad Godesberger Stadt-

79 Ebd.

80 Ebd.

81 Ebd.

82 LAV NRW R, RW 0050–0053, Nr. 622 [Rheinischer Städtetag], Bürgermeister der Stadt Bad Godesberg, Heinrich Alef, an Rundfunksäulen-Gesellschaft m.b.H., Köln, Betr.: Deutsche Rundfunksäulen, Koblenzerstrasse, Bad Godesberg, 16.12.1935, Bl. 70.

83 Ebd.

park, der an der Koblenzer Straße lag,<sup>84</sup> war von der Stadtverwaltung eine weitere Rundfunksäule aufgestellt worden.<sup>85</sup> In dieser freizeithlichen Erholungsumgebung verband sich die visuelle Präsenz eines gärtnerisch gestalteten Parkraums mit einer durch die andere Gestimmtheit der Atmosphäre bedingten Öffnung des Hörsinns durch verschiedene akustische Anreize.

#### 4. Beschallung der Öffentlichkeit:

##### Die Rundfunksäule als Technik der akustischen Raumordnung

Marktplätze waren stets Versammlungsorte gewesen, auf denen Kommunalpolitiker und Bürgermeister Reden hielten, an denen Ansammlungen von Menschen protestierten. Rundfunksäulen, die auf diesen öffentlichen Plätzen aufgestellt wurden, verbanden die Sichtbarkeit von Reklame – nicht nur die Sparkasse Zülpich, sondern auch die Volksbank Oberkassel warb für ihre Dienste – mit den bekannten, sozial akzeptierten Formen des öffentlichen Sprechens. Die körperliche Abwesenheit des offiziell zum Sprechen Berufenen bei gleichzeitiger vernehmbarer Präsenz der Stimme erzeugte den Eindruck einer Allgegenwärtigkeit. Dadurch konnten wiederholbare, gesteuerte und im Voraus ausgewählte auditorische Erfahrungen bereitgestellt werden. Schließlich waren diejenigen, die Zugang zu Mikrophon und Studioeinrichtung besaßen, durchweg in der Lage, erstens den Zeitpunkt und Inhalt von Durchsagen zu bestimmen und zweitens die musikalische Umrahmung dieser Mitteilungen zu gestalten. Diese Ankündigungen aus dem Sprechzimmer der Bürgermeister konkurrierten mit den sonntäglichen Verkündigungen während der katholischen Messe. Im öffentlichen Raum versuchten Kommunalpolitiker, „Volksgemeinschaft“ zu stiften. Mit der Hilfe von Medientechnologien akustischer Raumordnung, wie es die Deutsche Rundfunksäule darstellte, bekräftigten – hauptsächlich – NSDAP-Bürgermeister ihren Anspruch, als „Führer“ der Gemeinde, des Dorfes oder der Kleinstadt zu

84 Vgl. den entsprechenden heutigen Stadtplan: <<http://stadtplan.bonn.de/mapbender/kartenausschnitt.pl?anwendung=Bonn.de+-+Lageplan&strasse=Koblenzer%20Stra%DfE&hausnummer=19-21&mitteX=&mitteY=&label=&kartentyp=Stadtplan&width=1004&height=748&scale=3000&marker=1&font=Verdana&fontcolor=5D93B2&fontsize=14&pagecolor=DEEBF7&navigation=2>> (31.7.2017). Der Stadtpark inklusive der Tennisplätze lag zu diesem Zeitpunkt neben dem Kurpark. Inzwischen sind beide Grünflächen in der lokalen Wahrnehmung zum Kurpark verwachsen.

85 Vgl. LAV NRW R, RW 0050–0053, Nr. 622 [Rheinischer Städtetag], Alef an Kottenberg, Betr.: Rundfunksäulen, Bad Godesberg, 23.6.1936, Bl. 64.

---

gelten. Hier verdeutlichen sich die freiwilligen Selbstanschlüsse von Kommunen an die nationalsozialistische Umgestaltung der bestehenden akustischen Raumordnung von Stadt oder Gemeinde. Die Rundfunksäule ist ein Medium und ein Objekt im Stadtraum, an welchem sich die vorausseilende akustische und auditorische Gleichschaltung von Publika nachzeichnen lässt.

